

CDUFraktion
im Pinneberger
Kreistag**Nr. 61**

Oktober/Nov. 2023

NewsLetter

Kreisumlage um 1,9 % gesenkt Großer Erfolg der CDU-Fraktion im Nachtragshaushalt

Eine Senkung der Kreisumlage um 2 %. Das war das Ziel der CDU-Kreistagsfraktion, als sie sich an einem Samstag im Oktober im Hotel Bokel Mühle in Klausur begab. Nach ausführlicher Beratung war das Votum einstimmig. Damit wollte man die Kommunen im Nachtragshaushalt ein weiteres Mal entlasten. „Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand“, sagte die Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann, und die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey ergänzte: „Das würde bedeuten, dass die Kommunen mehr als 8 Mio. Euro weniger an den Kreis abzuführen hätten“.



Die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey

Viele Städte und Gemeinden ächzen unter der weiter steigenden Schuldenlast. Dazu werden ihnen von den Gesetzgebern immer mehr kostenträchtige Verpflichtungen aufgebürdet, und auch bedingt durch die Corona-Krise und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sprudeln die Gewerbesteuererinnahmen nicht mehr grenzenlos.

Die Kreisfinanzen sahen zuletzt ebenfalls nicht rosig aus. Dennoch ist die CDU-Fraktion entschlossen, einen gehörigen Schluck aus der Pulle „Kommunaler Finanzausgleich“ zu nehmen und an die Kommunen weiterzureichen.

Im Anschluss an die Klausur bedurfte es anstrengender Verhandlungen mit den Finanzexperten und Fraktionsspitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die sich zunächst ausgesprochen zäh gestalteten.

SPD und Grüne hatten zahlreiche kostenintensive Anträge gestellt, während die CDU sich auf einen einzigen Antrag beschränkte. Darüber hinaus war die Kreisumlagen-senkung natürlich die zentrale Forderung der Union. Die FDP hatte 1,5 % beantragt, die Bereitschaft von SPD und Grünen war bei den Verhandlungen zunächst noch deutlich geringer. Wäre eine Verständigung mit beiden anderen Fraktionen nicht möglich, wäre es aus Sicht der CDU auch vorstellbar gewesen, dass der Nachtrag in Gänze abgelehnt worden wäre.

Es kam anders. Am 8. November haben sich CDU, SPD und Grüne im Kreistag entschieden, im großen Schulterchluss der demokratischen Parteien die kreisangehörigen Kommunen zu entlasten, natürlich gegen die Stimmen der AfD. 1,9 % und dazu noch die 4 Mio. Euro für die Flüchtlingsunterkunft, die den Kommunen ebenfalls zugutekommen.



Pinnebergs Bürgermeisterin Urte Steinberg

Die Pinneberger Bürgermeisterin Urte Steinberg bedankte sich in der Einwohnerfragestunde im Namen der Verwaltungsleiter der Städte, Gemeinden und Ämter für die Bemühungen und hoffte auf breite Zustimmung. Die CDU war anschließend froh über den Erfolg, die anderen demokratischen Parteien dazu bewegt zu haben, zugunsten der Kommunen auf zahlreiche teure und effektheisende Ausgaben zu verzichten.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

dass der Nachtragshaushalt 2024 schon Anfang November verabschiedet werden konnte, ist so erfreulich wie ungewöhnlich. Im Vorfeld fürchteten Politik und Verwaltung, dass man mit einer Kreistagssitzung nicht auskommen würde. Zwischenzeitlich sah es sogar so aus, dass überhaupt kein Nachtrag zustande kommen würde, die Kreisumlage nicht gesenkt werden könne und kein einziger Antrag eine Mehrheit finden würde.

Letztlich aber ist der Beschlussvorlage von allen Abgeordneten mit Ausnahme derer der AfD zugestimmt worden – ein eindrucksvolles Zeichen, das die demokratischen Kräfte gegen Chaos und Populismus gesetzt haben. Als die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey mit mir und den Fraktionsspitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über die Kreisumlagensenkung verhandelten, war eine Einigung lange nicht in Sicht. Die anderen Fraktionen wollten die Städte und Gemeinden mit einer weit niedrigeren Quote abspeisen.

Zu allem Überfluss fiel ich bei den letzten Verhandlungen mit einer schweren Virusinfektion aus, so dass Britta Krey die Verhandlungen ohne mich zu Ende führen musste. Glücklicherweise ist Helmuth Ahrens ihr zur Seite gesprungen und hat an meiner Stelle teilgenommen. Bei beiden möchte ich mich ausdrücklich bedanken – nicht nur, dass sie die zeitliche Belastung auf sich genommen haben, sondern auch dafür, dass wir dieses positive Ergebnis für die Kommunen im Kreis erzielen konnten.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Klausurtagung zum Nachtragshaushalt

CDU-Fraktion in der Bokel-Mühle

Im Oktober hat sich die CDU-Kreistagsfraktion im Hotel Bokel-Mühle in Klausur begeben. Zu Gast waren auch die beiden Landtagsabgeordneten Birte Glißmann und Martin Balasus, die bis



Sommer dieses Jahres auch noch der Kreistagsfraktion der CDU angehörten. Mit einem Bericht der beiden aus Kiel gelang ein guter Einstieg in einen arbeitsreichen Tag.



Im Mittelpunkt der Klausur standen die Beratungen über den anstehenden Nachtragshaushalt 2024, die von der Finanzausschussvorsitzenden und 1. Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Britta Krey geleitet wurden.



Die Verpflegung war in der Bokel-Mühle wie immer ausgezeichnet. Die Pausen dienten auch dem Kennenlernen der zahlreichen neuen Fraktionsmitglieder.

Aus dem Kreistag am 8. November

Posse in der Kreisverwaltung

Die CDU-Fraktion und hier insbesondere der für Helgoland zuständige Kreistagsabgeordnete Sven Kruse hatten sich massiv dafür eingesetzt, die verfahrenere Situation im Streit zwischen dem Kreis Pinneberg und dem Helgoländer Taxi-Unternehmer Heiko Ederleh zu bereinigen. „Wir wollen den Menschen auf Helgoland helfen, Älteren und Kranken, die für Arztbesuche und andere Notwendigkeiten auf das Taxi angewiesen sind“, erklärt Dr. Tobias Löffler, Fachsprecher der CDU-Fraktion. Ederleh, der übrigens SPD-Mitglied ist, betreibt das Taxi-Unternehmen auf der ansonsten autofreien Insel seit mehr als 20 Jahren mit einer Ausnahmegenehmigung des Landes, die seitdem immer wieder vom Kreis verlängert worden ist. Jetzt aber sollte die Firma Taxameter in ihre Autos einbauen und die auf dem Festland üblichen Fahrtarife erheben. Deshalb hatte die CDU mit einem Dringlichkeitsantrag an den für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ausschuss (KUSO) reagiert. Obwohl ein Ende für den auf Helgoland wichtigen Service drohte, erklärte die Verwaltung, der Antrag sei nicht dringend und der KUSO sei auch nicht zuständig für den Verkehr auf Helgoland. Darauf stellte die CDU den Antrag an den Verkehrsausschuss (WRV). In dessen Sitzung erklärte die Verwaltung zum großen Erstaunen ihrer Mitglieder, dass der WRV nicht zuständig sei, sondern der KUSO. Kurzerhand zog die CDU den Antrag in den Kreistag. Da erfuhren die Abgeordneten, dass die Landesregierung nach intensiven Gesprächen auch mit der CDU bereits auf die Taxameter verzichte, wenn der Kreis eine Gebührenordnung aufstelle. Deshalb hat die Landrätin nach Rücksprache mit dem Taxiverband, dem Unternehmer, und der IHK diese bereits erlassen. Ederleh hat seinerseits schon deutlich gemacht, dass sich diese Verordnung für das Unternehmen nicht rechne. Der Erhalt eines Taxibetriebes auf Helgoland sei aber dringend erforderlich, da es keine öffentlichen Verkehrsmittel gebe und Touristen, insbesondere aber gehbehinderte und kranke Menschen auf der Insel sonst unzumutbar benachteiligt wären, sagt Sven Kruse (CDU). Um einen Kompromiss zwischen Landrätin und Unternehmer zu schließen und die Posse, bei der der Kreis nicht die beste Figur machte, zu einem positiven Ende zu bringen, hat die CDU nun einen Antrag an den KUSO gestellt, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

CDU für Kindesglück & Lebenskunst

Der in Wedel ansässige Verein Kindesglück & Lebenskunst e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen und Familien zu unterstützen, die in jungen Jahren eine ihnen nahestehende, zu ihrer Entwicklung notwendigen Bezugsperson durch Erkrankung zeitweise entbehren oder durch dessen Versterben gänzlich auf sie verzichten müssen. Sein vielfältiges Angebot bietet der Verein kreisweit und auf einem qualitativ einzigartigen Niveau an.

Um seine Leistungen auch weiterhin kreisweit erbringen zu können, benötigt der Verein dringend finanzielle Unterstützung, da er

aufgrund des vergangenen Pandemiegeschehens und der derzeitigen Inflation einen deutlichen Rückgang in der Spendenbereitschaft verzeichnen musste, nachdem er sich über Jahre erfolgreich durch Spenden finanzierte.

Es ist Anliegen der CDU-Fraktion, dass die Existenz des Vereins und sein einzigartiges Angebot im Kreis Pinneberg weiter gesichert werden. Dafür hat die CDU im Nachtragshaushalt 2023/24 Mittel in Höhe von 70.000 Euro beantragt, die zwar mit einem Sperrvermerk versehen wurden, aber mit Ausnahme der AfD von allen Fraktionen dankenswerterweise mitgetragen wurden.

Nachtragshaushalt 2024

Zum 1. Januar 2024 tritt in Schleswig-Holstein eine neue Gemeindehaushaltsverordnung in Kraft.

Diese sieht hinsichtlich der Rücklagen in den Kommunen vor, dass die bisherige Ergebnissrücklage zu ersetzen ist durch eine Ausgleichsrücklage. Eine allgemeine Rücklage wird es weiterhin geben.

Die zu bildenden Rücklagen basieren auf den Bilanzwerten des Jahres 2022. Die allgemeine Rücklage soll einen Bestand von mindestens 20 % der Bilanzsumme aufweisen. Übersteigende Beträge sollen der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, so dass deren Bestand mindestens 15 % der allgemeinen Rücklage ausmacht.

Der Kreistag muss über die Aufteilung auf allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage beschließen. Das setzt einen geprüften und beschlossenen Jahresabschluss 2022 voraus. Da dieser zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vorlag, wurde in Aussicht gestellt, baldmöglichst nach Vorliegen dieser Voraussetzung einen Beschluss vorzusehen, der sich an den durch das Gesetz vorgegebenen Mindestausstattungen orientiert und die allgemeine Rücklage auf 20 Prozent der Bilanzsumme festsetzen soll. Die Ausgleichsrücklage wird für das Jahr 2023 in Höhe von 15% der allgemeinen Rücklage ausgestattet.

Es ist beabsichtigt, das sich voraussichtlich ergebende negative Jahresergebnis in 2024 durch die Ausgleichsrücklage zu decken.

Stellenplan

Die Gesamtzahl der Stellen wurde für die Haushaltsjahre 2023/24 auf 1.109,91 Vollzeitstellen festgesetzt.

Darin enthalten sind 30 undotierte Stellen, die lediglich der im Angesicht des Fachkräftemangels notwendigen Flexibilisierung der Bewirtschaftung des Stellenplanes dienen.

Für den Personalaufwand wurden für 2023 81.179 Mio. Euro und für 2024 85.697 Mio. Euro festgesetzt.

Das Personalkostenbudget wurde um 5 Mio. Euro gekürzt.

Offener Brief an SPD- Bundestagsabgeordnete

Stegner antwortet Glißmann, Balasus und Schmitt

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner hat den beiden Landtagsabgeordneten und ehemaligen Kreistagsabgeordneten Birte Glißmann und Martin Balasus sowie dem sozialpolitischen Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Justus Schmitt auf deren Offenen Brief zur Migrationskrise geantwortet. Im Folgenden lesen Sie den Brief sowie den Kommentar zur Antwort Stegners:

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner,

die Migrationskrise hat einen Punkt erreicht, der unverzügliche Maßnahmen auf allen politischen Ebenen erforderlich macht. Wir fordern Sie deshalb eindringlich auf: Handeln Sie und machen Sie Ihren Einfluss auf Bundeskanzler Scholz, Innenministerin Faeser und die gesamte Regierungskoalition geltend!

Denn die Situation im Kreis Pinneberg ist dramatisch: Die Zahl der Geflüchteten hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Die Verteilungs- und Unterbringungsmöglichkeiten sind erschöpft, der Wohnungsmarkt ist leergefegt. Teilweise werden von den Ämtern ungesehen Wohnungen angemietet. Sprach- und Integrationskurse u.a. der Volkshochschulen sind vollkommen überlaufen, es gibt lange Wartezeiten. In den Kitas und Schulen verschärft sich die Lage täglich. Die DAZ-Klassen in unseren Schulen sind voll, Kita-Plätze so gut wie nicht mehr verfügbar. Alle befassten Behörden arbeiten am absoluten Limit.

Auf Landesebene wurde zur Unterstützung der Kommunen gerade vereinbart, die Kapazitäten in den Landesunterkünften schnellstmöglich auf mindestens 10.000 Plätze aufzustocken. Die Kommunen bekommen künftig wieder vier Wochen Zeit, sich auf neu unterzubringende Menschen vorzubereiten, eine Zuteilung über Weihnachten und Neujahr erfolgt nicht. Diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, sollen zudem nicht mehr an die Kommunen verteilt werden und in den Landesunterkünften verbleiben, um die Kommunen zu entlasten.

Doch auch die Belastungsgrenze des Landes ist bald erreicht: Etwa 100 Migrantinnen und Migranten kommen aktuell täglich nach Schleswig-Holstein. Es dauert rechnerisch also nur eine Woche, bis auch die neue Erstaufnahmeeinrichtung in Glückstadt mit ihren 700 Plätzen wieder belegt ist. Das Land wendet immense Summen auf, um Maßnahmen für eine gute Integration bereitzustellen, für die Schaffung kommunaler Unterbringung hat das Land bereits 111,5 Millionen Euro aufgewendet. In der Vergangenheit, insbesondere seit dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, wurden große Anstrengungen unternommen.

Die Herzen der Menschen in Schleswig-Holstein sind weit – aber die Mittel des Landes sind endlich. Das Problem der unregelmäßigen Migration war laut Umfragen für zirka 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Hessen und Bayern ausschlaggebend bei ihrer Wahlentscheidung. Die SPD hat desaströse Ergebnisse erzielt, während die AfD Rekordergebnisse feiert. Das muss uns Demokratinnen und Demokraten zu denken geben.

Die maßgeblichen Entscheidungen zur Lösung der Migrationskrise werden auf Bundesebene getroffen – sie liegen im Verantwortungsbereich Ihrer Parteifreundin, Innenministerin Faeser und Ihres Parteifreundes, des Bundeskanzlers. Wir fordern Sie deshalb nachdrücklich auf, sich bei ihnen und in Ihrer Fraktion dafür einzusetzen, gemeinsam mit der CDU die Probleme anzugehen und den Vorschlägen unserer Partei zu folgen:

- Die Bundesregierung muss sich in der Europäischen Union dafür einsetzen, dass sämtliche Asylverfahren zukünftig bereits an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. Dazu gehört die Registrierung aller Asylbewerberinnen und Asylbewerber inklusive einer verpflichteten Sicherheitsüberprüfung und Identitätsfeststellung. Offensichtlich Nicht-Schutzberechtigte sollen direkt von der Außengrenze in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.
- Grenzkontrollen an der deutschen Grenze zur Schweiz, zu Polen und zu Tschechien müssen intensiviert werden. Sie sind ein wirksames Instrument, um dem derzeitigen Kontrollverlust des Bundes zu begegnen.
- Die Bundesregierung muss die sogenannten „Pull-Faktoren“ reduzieren. Dazu gehört, statt Bargeld zukünftig Chipkarten an Asylbewerberinnen und Asylbewerber auszugeben, mit denen in Geschäften Produkte des täglichen Bedarfs bezahlt werden können. Damit wird verhindert, dass die Menschen Geld in ihre Heimatländer überweisen.
- Die Bundesregierung muss die Maghreb-Staaten, Algerien und Indien sofort zu sicheren Herkunftsländern erklären.
- Der Bund muss die finanziellen Hilfen für Länder und Kommunen im kommenden Jahr wesentlich erhöhen und darf diese erst recht nicht, wie Medien berichteten, in 2024 um rund 2 Milliarden Euro kürzen. Die angedachte Kürzung ist angesichts der steigenden Zahl von Geflüchteten und der Belastungen in den Kommunen inakzeptabel.



Justus Schmitt
Mitglied des Kreistages

Herr Dr. Stegner, es kann nicht im Interesse der Gesellschaft und insbesondere nicht im Interesse Ihrer Partei liegen, dass diese unhaltbaren Zustände weiter andauern. Sie bergen sozialen Sprengstoff, enttäuschen die Bürgerinnen und Bürger und treiben sie in die Arme Radikaler.

Mahnende Worte und Verurteilungen in Talkshows reichen nicht aus. Wir brauchen auch in der Migrationspolitik eine Zeitenwende. Wir erwarten, dass Sie sich dafür und somit für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Pinneberg einsetzen.

Birte Glißmann, MdL – Martin Balasus, MdL und Justus Schmitt, Mitglied des Kreistages

Der Bundestagsabgeordnete Stegner hat mit einem Schreiben geantwortet, das für einen Abdruck in diesem Newsletter allerdings schlicht zu lang ist, ohne dass es mangelnde Qualität durch Quantität ersetzen konnte. Darum hier ein Kommentar:

Mit ihrem Brief an den Bundestagsabgeordneten Dr. Ralf Stegner haben unsere Landtagsabgeordneten Birte Glißmann und Martin Balasus sowie unser Kreistagsabgeordneter Justus Schmitt mal wieder zu Tage gefördert, was allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Pinneberg bewusst sein muss: Ralf Stegner erkennt die ungeordnete Migration als drängendstes Problem unserer Zeit. In seinem Antwortschreiben versteigt Stegner sich zu der Aussage, das hohe Flüchtlingsaufkommen berge keinen sozialen Sprengstoff. Vielmehr sei es die angeblich mangelhafte Politik der CDU-geführten Landesregierung, die Probleme wie mangelnde Kitaplätze, zu wenig Lehrkräfte oder knappen Wohnraum zu verantworten habe. Dass es beim Kitausbau, bei der Schaffung neuer Lehrstellen und beim sozialen Wohnungsbau erhebliche Fortschritte gibt, seitdem die CDU und nicht mehr die SPD die Landesregierung führt, verschweigt Stegner. Ebenso ignoriert er, dass es sich dabei um Probleme handelt, die ganz Deutschland betreffen.

Insgesamt bleibt Stegner in seinem Brief noch hinter dem jüngst von der Bundesregierung und den Ländern vereinbarten Asyl-Kompromiss zurück, der zwar in die richtige Richtung weist, aber wahrscheinlich nicht ausreichen wird, um die Anzahl der nach Deutschland kommenden Migranten im notwendigen Umfang zu reduzieren. Und genau das brauchen insbesondere unsere Kommunen schnellstmöglich. Denn der gesellschaftliche Zusammenhalt steht sehr wohl auf dem Spiel.



Martin Balasus, MdL – Birte Glißmann, MdL

Happy Birthday

Der NewsLetter gratuliert

Matthias Nowatzki
Lars Karoleski
Daniel Kölbl
Michael Paul
Heike Beukelmann
 und
Justus Schmitt.

Diese sechs Fraktionsmitglieder feierten nach dem Erscheinen der letzten NewsLetter-Ausgabe ihren Geburtstag.



Der NewsLetter wünscht ihnen Glück im privaten wie auch im beruflichen und politischen Bereich sowie Gesundheit und Zufriedenheit.

Splitter aus dem Kreistag

Susanne von Soden-Stahl von den Grünen zu ihren Anträgen zum Nachtragshaushalt: „Für uns bleiben nur noch Kartoffeln und Möhren übrig“.

Darauf Kreispräsident Helmuth Ahrens: „Aber die CDU musste dazu noch einige Kröten schlucken“.

Während der Bewerbungsrede von Burghardt Schalhorn (AfD) verließen etliche Abgeordnete den Saal. Darauf Schalhorn: „Hoffentlich reicht noch das Toilettenpapier“.

Nachdem Schalhorn den Kreispräsidenten wegen angeblicher mangelnder Neutralität anprangerte, konterte dieser: „Gut zu wissen, dass es noch ältere Leute gibt, von denen man Ratschläge annehmen kann“.

Kreistag trauert um Benno Kolberg

Kreispräsident H. Ahrens:

Der Pinneberger Kreistag trauert um den ehemaligen Kreistagsabgeordneten Benno Kolberg, der im Oktober im Alter von 91 Jahren verstorben ist.



Benno Kolberg war über 60 Jahre lang Mitglied der CDU und wurde 1974 zum ersten Mal in den Kreistag gewählt. Nach 32 Jahren als Kreistagsabgeordneter schied er 2002 aus.

32 Jahre lang war er auch Magistrats-Mitglied in Elmshorn, wo er 1998 mit der Verdienstmedaille der Stadt ausgezeichnet wurde. Bereits 1993 war ihm vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz für seine großen Verdienste insbesondere um den Sport verliehen worden.

Benno Kolberg ist als Letzter der einstigen „Jungen Wilden“ von uns gegangen, die Anfang der Siebziger in den Kreistag einbezogen waren. Damit ist er in einer Reihe mit den bedeutenden Persönlichkeiten Dietrich Anders, Klaus G. Bremer oder Hannes Birke zu nennen, die genauso wie er später zu Fraktionsvorsitzenden ihrer jeweiligen Partei aufstiegen. Sein Credo war, dass „die großen finanzpolitischen Herausforderungen auf Kreisebene nur gemeinsam von den beiden großen Fraktionen gelöst werden könnten“. Eine Botschaft, die möglicherweise auch noch heute gilt. Gemeinsam mit Arno Puzicha von der SPD, Ostpreuße wie Benno Kolberg, engagierte er sich ganz stark für die Patenschaften zur Kreisgemeinschaft Fischhausen und Hadersleben. Beide waren aktiv im Pinneberg-Heim-Ausschuss Hadersleben-Hejsa-ger.

Während seiner Zugehörigkeit zum Pinneberger Kreistag wirkte Kolberg in vielen Ausschüssen mit, u.a. im Finanzausschuss, Kreiskulturausschuss, Sportausschuss, und er war Vertreter des Landrats.

Obwohl er als der Finanzexperte des Kreises galt, über hohe Kompetenz in allen Fachbereichen verfügte und sich akribisch in jeden einzelnen Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzungen einarbeitete, war das politische Wirken Benno Kolbergs besonders geprägt vom Einsatz für den Sport im Kreis Pinneberg und insbesondere in Elmshorn, wo er lange Zeit als Sportdezernent wirkte

Die, die ihn noch kannten, werden ihn sicherlich in guter Erinnerung behalten. Der Pinneberger Kreistag würdigt in Dankbarkeit seine Verdienste und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich bitte Sie nun um ein stilles Gebet für Benno Kolberg oder um ein stilles Gedenken, jeder wie er es für richtig hält.

TERMINE November/Dezember 2023

Montag, 20.11.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 22.11.2023, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 22.11.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 23.11.2023, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Kreishaus Elmshorn

Montag, 27.11.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 29.11.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 30.11.2023, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Kreishaus Elmshorn

Montag, 04.12.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 06.12.2023, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 06.12.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 07.12.2023, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren Elmshorn, Kreishaus

Montag, 11.12.2023, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 12.12.2023, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr, Elmshorn, Kreishaus

Dienstag, 14.12.2023, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann, T. Hauwetter, Kr. Pinneberg

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de